

Der Standort dörft aus



Investitionen. Die Corona-Pandemie hat die Investitionskonjunktur in Deutschland nachhaltig geschwächt – nun kommen noch die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs hinzu. Der jüngsten IW-Konjunkturumfrage zufolge wirken sich vor allem die gestiegenen Energiekosten sowie mögliche Ausfälle bei der Gasversorgung negativ auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen aus. IW-Geschäftsführer Hubertus Bardt fordert in seinem iwd-Kommentar deshalb unbürokratische Hilfen für Betriebe, die durch die Energiekrise in Schieflage geraten. Das jüngste Entlastungspaket der Bundesregierung greife hier zu kurz. —> [Seiten 2-4](#)

Italien

Am 25. September finden in Italien vorgezogene Neuwahlen statt, die erstmals eine Frau auf den Ministerpräsidentensessel hieven könnten.

—> [Seiten 6-7](#)

Entgeltfortzahlung

Durch die Omikron-Variante des Coronavirus dürften die Kosten der Unternehmen für krankgeschriebene Mitarbeiter weiter steigen.

—> [Seite 9](#)

Von Krieg und Krisen gebeutelt



Kaum erholt – das mag sich nicht nur so mancher nach der Rückkehr aus dem Sommerurlaub denken. Der Befund gilt auch für die aktuelle Lage der deutschen Wirtschaft. Sie ringt darum, die Einbrüche aus der Corona-Pandemie wettzumachen, und muss seit einem halben Jahr auch noch mit den Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine zurechtkommen.

Ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Schwäche sind die Investitionen. Vor allem bei den Ausrüstungsinvestitionen, zu denen im Wesentlichen Maschinen, Ge-

Investitionen. Die Folgen der Corona-Pandemie haben die Investitionskonjunktur in Deutschland nachhaltig geschwächt. Der russische Angriff auf die Ukraine hat viele Investitionshemmnisse noch einmal verstärkt. Mit Blick auf den längerfristigen Spielraum für das Produktions- und Produktivitätswachstum in Deutschland lässt das nichts Gutes erahnen.

schäftsausstattungen und gewerblich genutzte Fahrzeuge zählen, ist die durch die Pandemie gerissene Lücke noch längst nicht geschlossen (Grafik):

Im zweiten Quartal 2022 lagen die realen Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland mehr als 8 Prozent unter dem Niveau des Frühjahrs 2019, als der vergangene Investitionszyklus seinen Höhepunkt erreichte.

Das Problem ist allerdings noch gravierender, als es diese Investitionslücke vermuten lässt. Denn die vielen nicht getätigten Investitionen

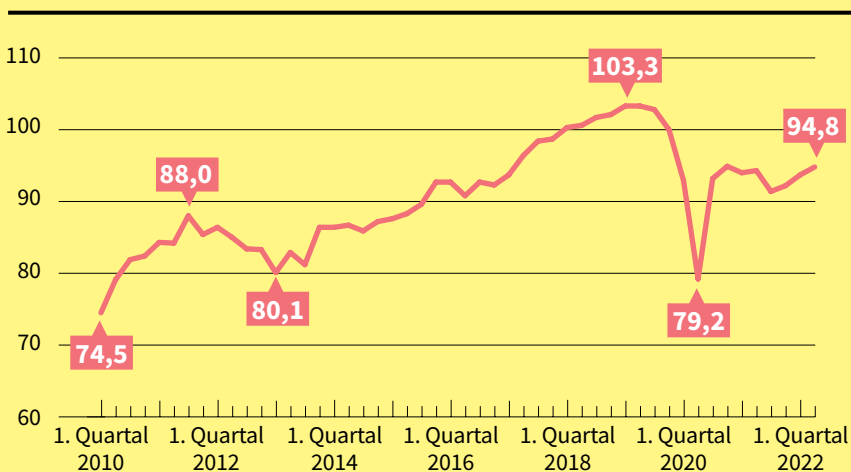
seit Beginn der Corona-Pandemie kumulieren sich zu einem erheblichen Investitionsrückstand. Einer Modellrechnung des IW zufolge wären die gesamten Investitionen in Deutschland in den zurückliegenden drei Jahren um gut 70 Milliarden Euro höher ausgefallen, wenn es weder die Pandemie noch den Ukraine-Krieg gegeben hätte.

Diese ausgebliebenen Investitionen bremsen nicht nur die aktuelle Konjunktur, sie schmälern auch langfristig den gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock und damit den künftigen Spielraum für das Produktions- und Produktivitätswachstum in Deutschland. Das ist umso bedenklicher, als die Herausforderungen durch den demografischen Wandel, die Digitalisierung und die Dekarbonisierung – also den Umstieg von fossilen Energien auf eine emissionsärmere oder klimaneutrale Produktionsweise – nur mit einem hohen Investitionstempo zu bewältigen sind.

Die Hintergründe der aktuellen Investitionsschwäche lassen sich mithilfe der jüngsten IW-Konjunkturumfrage noch genauer beleuchten (siehe iwd 15/2022). Denn die Unternehmen wurden auch danach gefragt, welche Faktoren aus ihrer Sicht ganz allgemein die Investitionstätigkeit ankurbeln beziehungsweise hemmen.

Investitionen: Die Corona-Lücke ist noch nicht geschlossen

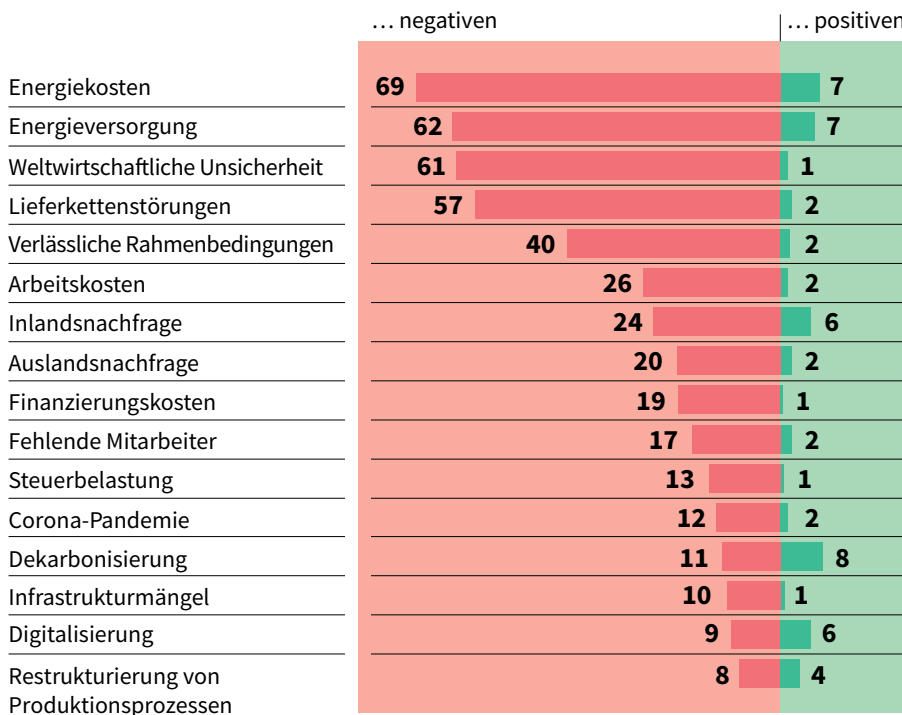
Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland, 4. Quartal 2019 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Investitionsbedingungen: Die Kriegseffekte

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland erwarten durch den Ukraine-Krieg einen ... Einfluss auf diese Investitionsfaktoren



Rest zu 100: kein Einfluss
Befragung von 2.282 Unternehmen im Juni 2022
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Der wichtigste Investitionstreiber ist demnach die Digitalisierung: **Für 60 Prozent der vom IW befragten Firmen ist der Trend zur digitalen Wirtschaft Anlass für zusätzliche Investitionen, nur 8 Prozent reagieren mit einem Investitionsrückgang.**

Ein weiteres Motiv, die Investitionen zu steigern, ist die Dekarbonisierung – wenn auch in deutlich schwächerem Ausmaß. Immerhin 35 Prozent der Unternehmen investieren mehr, um beispielsweise ihre Produktionsprozesse emissionsärmer zu gestalten. Lediglich 12 Prozent der Betriebe sagen, dass von der Dekarbonisierung ein negativer Investitionsanreiz ausgeht.

Viele andere Faktoren werden von den Unternehmen mehrheitlich als Investitionshemmnis eingestuft:

Der stärkste negative Einfluss auf die Investitionen geht aktuell von der weltwirtschaftlichen Unsicherheit, Lieferkettenstörungen und den Arbeitskosten aus.

Der Saldo aus dem Anteil der Unternehmen, die in diesen Faktoren eine Investitionshürde sehen, und dem Anteil jener, die den Investitionseffekt als positiv bewerten, beträgt jeweils mehr als 60 Prozentpunkte. Mit mindestens 50 Prozentpunkten kaum geringer ist der Saldo bei den Einflussgrößen Energiekosten und -versorgung sowie dem Personalmangel. Auch die Corona-Pandemie wirkt für rund die Hälfte der befragten Unternehmen nach wie vor als nennenswerte Investitionsbremse.

Der Krieg in der Ukraine vergrößert die wirtschaftliche Unsicherheit

noch weiter und bürdet den Unternehmen zusätzliche Anpassungslasten auf. Auf viele der relevanten Investitionsfaktoren wirkt sich der Krieg negativ aus (Grafik):

Fast sieben von zehn Unternehmen geben an, dass die dramatisch gestiegenen Energiekosten ihre Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert und dadurch die Investitionstätigkeit gebremst haben.

Für etwa 60 Prozent der Firmen haben sich die Investitionsbedingungen verschlechtert, weil der Ukraine-Krieg die Probleme bei der Energieversorgung in Deutschland verschärft, die weltpolitische Lage noch unsicherer gemacht und zu weiteren Störungen der internationalen Lieferketten geführt hat.

Zudem hat der Faktor Arbeitskosten weiter an Relevanz gewonnen – vor allem für die deutsche Industrie, die ohnehin im internationalen Wettbewerb seit Langem einen Arbeitskostennachteil hat und nun die zusätzliche Bürde der höheren Energiepreise tragen muss.

Die wenigen positiven Effekte auf die Investitionsbereitschaft dürften vor allem darauf zurückzuführen sein, dass die Unternehmen infolge des Kriegs mehr Geld in Maßnahmen zur Energieeinsparung stecken oder für Cybersecurity ausgeben.

Insgesamt trüben die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs die Investitionsperspektiven weiter ein. Somit vergrößert sich die Gefahr, dass die deutsche Wirtschaft unter anderem den digitalen Wandel sowie die Klimawende nicht ausreichend vorantreibt und im globalen Wettbewerb an Boden verliert.

IW-Report 44/2022

Hubertus Bardt, Michael Grömling:
Krieg in der Ukraine verschärft bestehende Investitionsschwäche
iwkoeln.de/investitionsschwaeche

Kommentar. Die aktuelle Investitionsschwäche in Deutschland darf sich nicht zu einer Dauerkrise entwickeln. Deshalb muss der Staat nicht nur die von den gestiegenen Energiepreisen verursachten Probleme lösen, sondern auch die allgemeinen Standortbedingungen verbessern, sagt **Hubertus Bardt**, Geschäftsführer und Leiter Wissenschaft im Institut der deutschen Wirtschaft.



„Energie muss für die Unternehmen bezahlbar bleiben“



Foto: IW

Der russische Überfall auf die Ukraine gefährdet die industrielle Produktion in Deutschland und verschlechtert die Wettbewerbsbedingungen auf lange Zeit. Die nächsten beiden Winter werden durch hohe Energiekosten und eine unsichere Versorgungslage geprägt sein. Die Preise am Gasmarkt haben sich innerhalb eines Jahres teilweise verzehnfacht. Auch der Strompreis ist in ungekannte Höhen gestiegen.

Für viele Unternehmen ist die Produktion unter diesen Bedingungen nicht mehr wirtschaftlich. Kommt es zu einer Versorgungskrise, müssen noch mehr Betriebe stillgelegt werden.

Aber auch jenseits dieser Krise ist die Wettbewerbsfähigkeit Gas verbrauchender Unternehmen bedroht. Der Erdgaspreis wird in Deutschland bei einer Umstellung auf Flüssiggas systematisch höher sein als in den USA und anderen Gasförderländern. Investitionen werden hierzulande dadurch weniger rentabel.

Wie können die Akteure in Deutschland gegensteuern? Sofern die Unternehmen ihre höheren

Kosten an die Kunden weitergeben können – der jüngsten IW-Konjunkturumfrage zufolge gilt dies zumindest in gewissem Maße für rund drei von fünf Firmen –, müssen die Kunden die gestiegenen Rohstoffkosten tragen. Damit wird aber auch der Ruf nach höheren Löhnen lauter. Es droht eine Lohn-Preis-Spirale, mit der die Inflation weiter angeheizt würde. Die Tarifpartner sind gefordert, Vernunft walten zu lassen, damit die Kostenbelastung der Firmen nicht zusätzlich durch einen Lohnkostenschock erhöht wird.

Auf das eigentliche Problem, die immens gestiegenen Energiepreise, muss jedoch der Staat reagieren und für Entlastungen sorgen. Zum einen gilt es, die privaten Haushalte gezielt zu unterstützen – zum Beispiel mit Pauschalzahlungen oder einem erhöhten Wohngeld. Das dritte Entlastungspaket der Bundesregierung ist da durchaus zielgerichtet, allerdings irritiert, dass konkrete Maßnahmen gegen die hohen Gaspreise erst noch von einer Expertenkommission erarbeitet werden sollen.

Zum anderen muss Energie auch für die Unternehmen bezahlbar

bleiben. Und für jene Firmen, die durch die kurzfristig extrem hohen Preise in Schieflage geraten, müssen unbürokratische Hilfen möglich sein. Das dritte Entlastungspaket hat hier noch keinen Durchbruch gebracht, die Bundesregierung will erst mal nur prüfen, inwieweit betroffene Unternehmen stabilisiert werden können.

Ein weiteres grundlegendes Problem bleibt: Das höhere Preisniveau gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit bestimmter Unternehmen dauerhaft. Die Wirtschaft muss aber in der Lage sein, die für die Energiewende nötigen Investitionen zu finanzieren. Hier muss die Politik einen Weg weisen.

Wichtig ist es aber auch, die allgemeinen Rahmenbedingungen für Investitionen in Deutschland zu verbessern. Neben bezahlbaren Energiekosten gehören dazu niedrigere Steuer- und Abgabenbelastungen, schnelle Genehmigungsverfahren und bessere digitale und Verkehrsinfrastrukturen. Nur so kann die Wirtschaft ausreichend Dynamik entfalten, um den gefährdeten Wohlstand zu sichern.

Blau-weiße Erholung

Griechenland. Trotz Rückschlägen durch die Corona-Pandemie stabilisiert sich die griechische Wirtschaft schrittweise. Doch die Entwicklung wichtiger Branchen ist ungewiss und es besteht weiterer Reformbedarf.

Nach Jahren der wirtschaftlichen Krisen und schwerer Rezession war der 20. August 2022 ein erfreulicher Tag für Griechenland. Das Land verließ das vierjährige Programm der verstärkten Überwachung durch die EU-Kommission, in dem das Gremium die wirtschaftliche Entwicklung regelmäßig bewertete.

Grundsätzlich befindet sich die griechische Wirtschaft auf einem guten Weg. Die Corona-Krise im Jahr 2020 ließ zwar, wie in fast allen Ländern, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) einbrechen. Schon ein Jahr später ging es aber wieder bergauf (Grafik):

Im Jahr 2021 stieg das reale BIP in Griechenland gegenüber dem Vorjahr um 8,3 Prozent, der Schuldenstand sank von 206 auf 193 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Der griechische Arbeitsmarkt entwickelt sich ebenfalls positiv. Zwar ist die Arbeitslosenquote noch immer eine der höchsten in der EU, gegenüber dem Allzeithoch im Jahr 2013 ist sie allerdings bereits um rund 13 Prozentpunkte auf 14,7 Prozent gesunken.

Die verbesserte finanzielle Situation hat es Griechenland unter anderem ermöglicht, seine ausstehenden Kredite beim Internationalen Währungsfonds im April 2022 frühzeitig zurückzuzahlen.

Dennoch herrscht aktuell eine gewisse Verunsicherung im Land, besonders in der Tourismusbranche. Diese ist eine der Hauptverantwortlichen für den wirtschaftlichen Aufschwung und könnte nun infolge der hohen Inflation und des Krieges in der Ukraine schwächeln.

Für grundsätzliche Stabilität sollen neben dem 30,5 Milliarden Euro schweren EU-Aufbauplan zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie auch die strukturellen Reformen der vergangenen Jahre sorgen. So hat Griechenland die öffentliche Verwaltung effizienter strukturiert und das Justizsystem digitalisiert, um so Investitionen und Unternehmensgründungen zu erleichtern.

Zudem hat die Regierung das Insolvenzrecht reformiert, das Steuersystem vereinfacht und eine unabhängige Behörde für öffentliche Finanzen ins Leben gerufen, die mehr Transparenz schaffen soll.

Auch der griechische Arbeitsmarkt wurde umgekrempelt, unter anderem gibt es einen Aktionsplan gegen Schwarzarbeit sowie ein nationales System für die duale Ausbildung. Das Pensionsalter wurde angehoben, das Rentensystem einheitlicher gestaltet.

Die ersten Schritte sind also getan. Die wirtschaftliche Erholung kann durch den Aufbauplan weiter an Fahrt aufnehmen, der Reformeifer darf aber nicht nachlassen. So müssen die nach wie vor hohe Arbeitslosenquote weiter gesenkt, das Investitionsklima weiter verbessert und das Finanzsystem noch tiefergehend reformiert werden, damit Griechenland in den kommenden Jahren auf dem richtigen Kurs bleibt.



Griechenland in Zahlen

	2018	2019	2020	2021
Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	1,7	1,8	-9,0	8,3
BIP je Einwohner um Kaufkraftunterschiede bereinigt, EU-27 = 100	66,3	66,0	62,4	64,6
Verbraucherpreise Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	0,8	0,5	-1,3	0,6
Arbeitslosenquote in Prozent	19,7	17,9	17,6	14,7
Haushaltssaldo in Prozent des BIP	0,9	1,1	-10,2	-7,4
Schuldenstand in Prozent des BIP	186,4	180,7	206,3	193,3

Quellen: EU-Kommission, Eurostat
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 70/2022

Samina Sultan: Griechenland – Erholung mit Risiken und anhaltendem Reformbedarf
iwkoeln.de/griechenland

Wer folgt auf „Super Mario“?

Italien. Am 25. September stehen in Italien Neuwahlen an. Als aussichtsreichste Kandidatin für den Regierungsvorsitz gilt Giorgia Meloni von der postfaschistischen Fratelli d'Italia. Eigentlich hält die 45-Jährige nicht viel von der EU, doch das Geld für Italien aus dem EU-Wiederaufbaufonds will sie laut Wahlprogramm doch gern haben.

Nach dem Rücktritt des italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi Ende Juli war die Bestürzung zunächst groß, doch längst läuft der Wahlkampf zwischen Sizilien und Südtirol auf Hochtouren – und es zeichnet sich ein Novum ab: Denn nach den Neuwahlen am 25. September könnte im Palazzo Chigi in Rom mit Giorgia Meloni erstmals eine Frau regieren.

Meloni, die bereits in der Regierung von Silvio Berlusconi Jugend- und Sportministerin war, ist Mitgründerin und Chefin der postfaschistischen Partei Fratelli d'Italia und die

liegt in Umfragen mit rund 24 Prozent derzeit an erster Stelle in der Wählergunst. Zusammen mit der rechtspopulistischen Lega und Berlusconi's Forza Italia käme Meloni den aktuellen Prognosen zufolge auf 51 Prozent der Wählerstimmen.

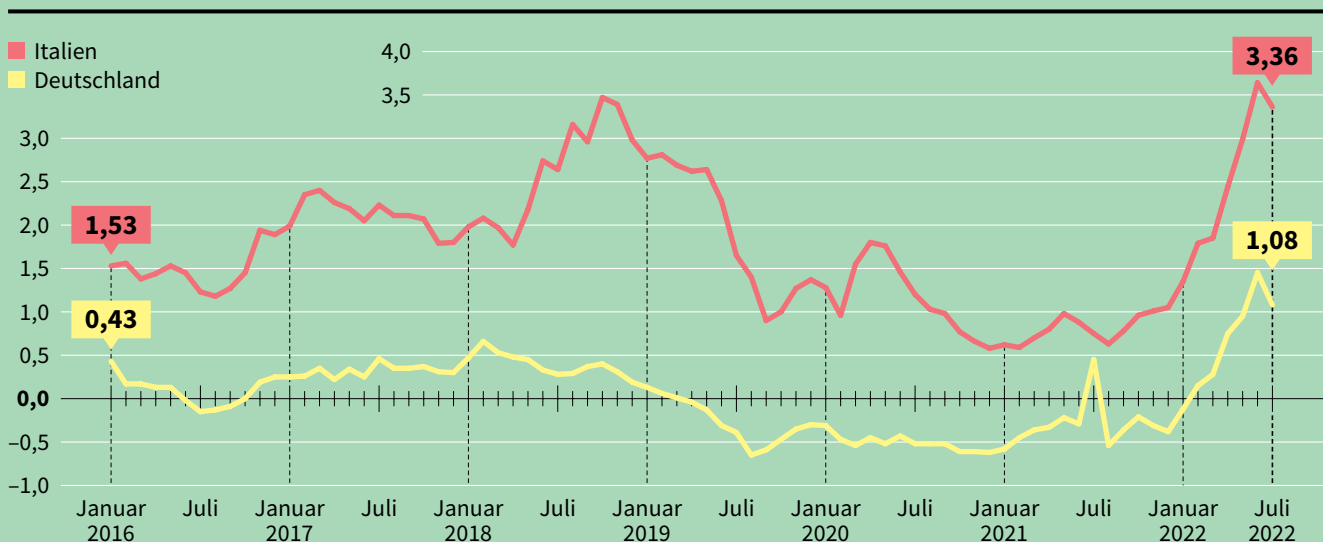
Wer ist die Frau, die sich anschickt, „Super Mario“ abzulösen? Mario Draghis rigoroser Politik vertrauten immerhin 70 Prozent der Italienerinnen und Italiener, trotz einer von ihm eingeführten De-facto-Corona-Impfpflicht ab 50 Jahren. Nur wenige Wochen nach seiner Vereidigung im Februar 2021 legte

Draghi den mit Brüssel vereinbarten Piano Nazionale di Ripresa e Resilienza (PNRR) vor, einen detaillierten Reformplan, der einen regelrechten Umbau des Landes mithilfe der 191,5 Milliarden Euro aus dem EU-Wiederaufbaufonds vorsieht.

Meloni verweigerte dem PNRR im vergangenen Jahr noch ihre Zustimmung. Sie wettet gerne gegen die „Bürokraten aus Brüssel“, denn sie sieht ihre Identität als Mutter, Christin und Italienerin durch die Migration, die Genderpolitik und die EU insgesamt bedroht. Ihre europapolitischen Ideen gleichen frappe-

Italienische Staatsanleihen: Der Zins steigt

Rendite für zehnjährige Staatsanleihen in Prozent



Quelle: Eurostat
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

rend jenen des ungarischen Premiers Viktor Orbán.

Im 15-Punkte-Plan, den das Rechtsbündnis aus Fratelli d'Italia, Lega und Forza Italia kürzlich vorlegte, klingt das alles nun deutlich gemäßiger: Meloni will am europäischen Integrationsprozess festhalten, die Wiederaufbauressourcen vollständig nutzen und den PNRR im Rahmen der dafür geltenden EU-Regularien verbessern. Die Umsiedlung von internationalen Institutionen auf italienisches Hoheitsgebiet soll sogar forciert werden.

Kein Wunder: Will Italien weitere Auszahlungstranchen der 191,5 Milliarden Euro aus dem Wiederaufbaufonds der EU in Anspruch nehmen, muss sich das Land mehr oder weniger an Draghis Pläne halten und die von ihm vorgesehenen Reformvorhaben bis 2026 sukzessive abarbeiten.

Tatsächlich ist das Land, immerhin drittstärkste Wirtschaftskraft in der EU, zuletzt gut mit diesem Kurs gefahren (Grafik):

Im vergangenen Jahr wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Italien um annähernd 7 Prozent, selbst im zweiten Quartal 2022 lag die Wirtschaftsleistung trotz schwieriger Rahmenbedingungen nochmals um 4,6 Prozent über dem Niveau vom Frühjahr 2021.

Zu den positiven Konjunkturdaten haben auch die intensiven Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland beigetragen. Mit fast 143 Milliarden Euro wurde 2021 ein neuer bilateraler Handelsrekord erzielt. Deutschland war 2021 Italiens wichtigster Absatzmarkt: Knapp 13 Prozent aller Ausfuhren – darunter Maschinen, Metallwaren, Autos, Elektronik, Chemie- und Pharmaerzeugnisse sowie landwirtschaftliche Produkte, Mode und Textilien – gingen in die Bundesrepublik.

Gleichzeitig war Deutschland Italiens Importquelle Nummer eins. Rund 16 Prozent aller italienischen Wareneinfuhren trugen ein „Made-in-Germany“-Siegel, darunter viele Industrieprodukte sowie Energie, Kunststoffe, Fahrzeuge, Textilien und Nahrungsmittel.

Selbst wenn die Konjunktur Italiens in der zweiten Jahreshälfte stagniert, würde 2022 unterm Strich noch ein Wirtschaftswachstum von 3 Prozent stehen – das ist fast doppelt so viel wie der für Deutschland prognostizierte BIP-Anstieg.

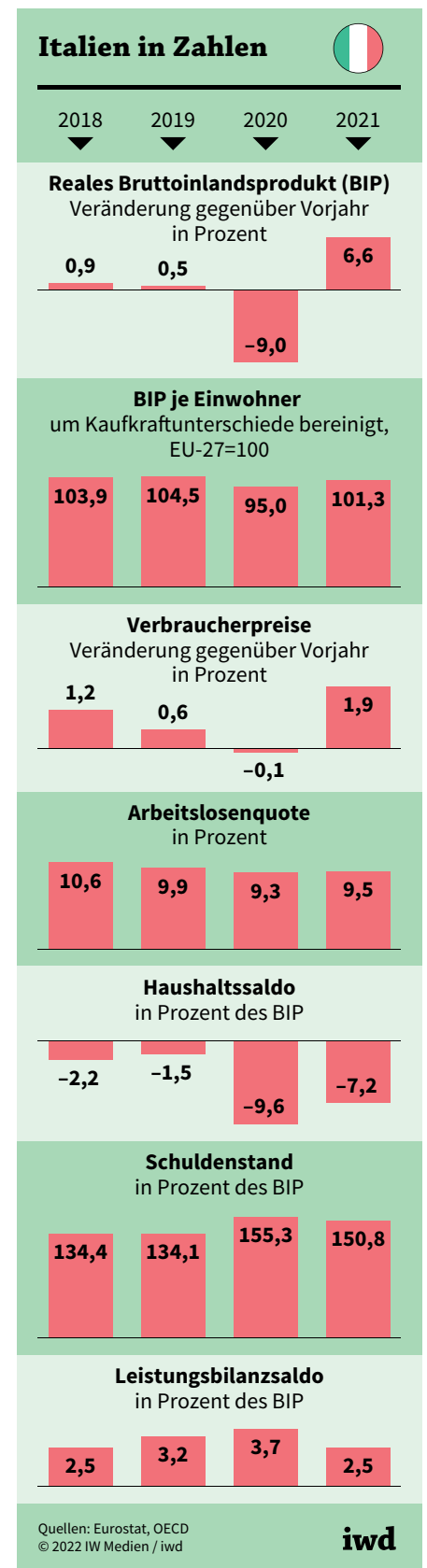
Doch Italien leidet unter den aktuellen Krisen genauso wie viele andere Länder: Die Inflationsrate liegt aktuell bei rund 8 Prozent – und sie trifft die Italienerinnen und Italiener besonders hart. Denn anders als in den restlichen EU-Ländern sind die Löhne in Italien seit 1990 nicht gestiegen, sondern sogar um mehr als 2 Prozent gesunken.

Die hartnäckig hohe Arbeitslosigkeit ist ebenfalls ein großes Problem in Italien, das unter anderem mithilfe der EU-Gelder – 16 Prozent fließen in den Sektor Bildung und Forschung – angegangen werden soll.

Und auch auf den Finanzmärkten gerät das hoch verschuldete Italien unter Druck (Grafik Seite 6):

Die Renditen für zehnjährige italienische Staatsanleihen haben sich seit Jahresanfang von gut 1 Prozent zwischenzeitlich mehr als verdreifacht.

Ob die Zinsen weiter steigen werden, hängt nicht zuletzt vom Wahlergebnis am 25. September ab. Falls es zu einem Mitte-rechts-Bündnis kommt, wäre die Frage der Fortführung der Strukturreformen zentral – schließlich sind sie Voraussetzung dafür, dass weiter Gelder aus dem EU-Wiederaufbaufonds Richtung Rom fließen. Doch noch ist das alles nur ein Gedankenspiel: Im August stellten laut sämtlichen



Meinungsforschungsinstituten nämlich die Nichtwähler und Unentschlossenen mit rund 40 Prozent die größte Gruppe in Italien.

Lichtblicke in der Ausbildung

Berufswahl. Hochgelobt und doch in der Krise – für eine duale Berufsausbildung entscheiden sich immer weniger junge Menschen. Doch nicht in allen Branchen sieht es schlecht aus. Denn einige Berufe werden tatsächlich immer beliebter.

Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Während sich 2011 noch knapp 642.000 junge Menschen in Deutschland um eine Berufsausbildung bemühten, waren es 2021 rund 100.000 weniger. Das Lehrstellenangebot ging zwar ebenfalls zurück, allerdings nur von 600.000 auf 536.000.

Zwei Faktoren haben zu dieser Entwicklung beigetragen. Zum einen gibt es aufgrund des demografischen Wandels weniger Jugendliche und junge Erwachsene im Land. Zum anderen ist der Abiturientenanteil an allen Schulabgängern erst gestiegen und verharret nun auf hohem Niveau. Viele dieser Schulabsolventen beginnen dann ein Studium.

Ein weiterer Grund für die sinkenden Ausbildungszahlen ist kurios:

Schulen für Gesundheitswesen und Erziehung freuen sich über mehr Zulauf. Die angehenden medizinischen Kräfte und Erzieher tauchen aber nicht in der Ausbildungsstatistik auf.

Insgesamt zeigt der Trend bei der Ausbildung in die falsche Richtung. Zwar stieg die Nachfrage nach einer Ausbildung von 2021 im Vergleich zu 2016 in 77 Berufen, gleichzeitig sank das Interesse aber in 169 anderen Berufen.

Das IW hat untersucht, welche Berufe bei jungen Menschen entgegen der grundsätzlichen Tendenz sehr beliebt sind. Neun Berufe kristallisierten sich heraus, die eines gemeinsam haben (Grafik):

Die neun Ausbildungsberufe mit einer stetigen Nachfragesteigerung

seit 2016 sind alle relevant für die Bewältigung drängender gesellschaftlicher Probleme.

So werden beispielsweise zum Erreichen der Klimaziele Dachdecker für die Montage von Solarpaneelen sowie Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnikfachkräfte für den Einbau von Wärmepumpen benötigt. Zweiradtechniker wiederum werden für die Mobilitätswende gebraucht.

Das größere Interesse an einer Ausbildung in den neun Berufen hat mehrere Gründe. So gibt es in fast jedem von ihnen einen Fachkräftemangel und dadurch eine hohe **Jobsicherheit**.

Die Unternehmen erhöhten zuletzt in allen neun Berufen die **Zahl der Ausbildungsplätze**.

Bis auf die Zweiradtechnik bieten alle Jobs mittlere bis **gute Verdienstmöglichkeiten**.

Ein weiterer Attraktivitätsfaktor: Da sich die neun Berufe mit drängenden Problemen wie Klima- und Mobilitätswende sowie dem Wohnungsbau beschäftigen, könnten sie als **sinnstiftend** erachtet werden.

Die gesellschaftliche Relevanz der Themen steigert darüber hinaus ihre **mediale Präsenz**.

Alle Berufe haben sich zudem in der Corona-Pandemie als **krisenfest** erwiesen.

Ausbildung: Berufe im Trend

In diesen Berufsbereichen stieg die Ausbildungsnachfrage in Deutschland von 2016 bis 2021 prozentual am stärksten

■ Ausbildungsinteressierte im Jahr 2016 ■ Ausbildungsinteressierte im Jahr 2021 ■ unbesetzte Ausbildungsstellen
■ davon nicht vermittelt

Beruf	Ausbildungsinteressierte im Jahr 2016	Ausbildungsinteressierte im Jahr 2021	unbesetzte Ausbildungsstellen
Bauelektrik	13.303	15.719	1.060
Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	12.496	15.340	1.033
Dachdeckerei	3.147	4.269	225
Immobilienvermarktung und -verwaltung	3.521	3.966	825
Tiefbau	1.468	2.086	58
Zweiradtechnik	1.468	1.884	363
Fliesen-, Platten- und Mosaikverlegung	1.314	1.497	201
Vermessungstechnik	804	1.002	57
Führer von Erdbewegungs- und verwandten Maschinen	447	748	55

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Bundesinstitut für Berufsbildung, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 74/2022

Helen Hickmann, Lydia Malin, Paula Risius:
Wider den Trend – In diesen Berufen steigt die Ausbildungsplatznachfrage seit Jahren kontinuierlich

[iwkoeln.de/ausbildungsberufe](https://www.iwkoeln.de/ausbildungsberufe)

Omikron wird für Firmen teuer

Entgeltfortzahlung. In den vergangenen Jahren haben Unternehmen immer mehr Geld für krankgeschriebene Mitarbeiter gezahlt – zum einen das Gehalt, zum anderen Sozialversicherungsbeiträge. Durch die Omikron-Variante dürften diese Kosten im Jahr 2022 noch einmal um etwa 3,6 Milliarden Euro steigen.

Wenn Mitarbeiter krankgeschrieben werden, bekommen sie bis zu sechs Wochen lang ihr Gehalt wie gehabt vom Arbeitgeber, der auch weiter seinen Anteil in die Sozialversicherungen einzahlt. Erst bei längerer Abwesenheit springt die Krankenkasse mit dem Krankengeld ein. Diese gesetzliche Regelung geht für Arbeitgeber ziemlich ins Geld, wie ein Blick in die Statistik zeigt (Grafik):

Im Jahr 2021 zahlten Arbeitgeber Bruttogehälter in Höhe von fast 65 Milliarden Euro an krankgeschriebene Mitarbeiter und führten

für sie 13 Milliarden Euro an Sozialversicherungsbeiträgen ab.

Die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall betrug 2021 somit insgesamt fast 78 Milliarden Euro – das waren rund 40 Milliarden mehr als noch im Jahr 2010; die Kosten der Arbeitgeber haben sich seither also mehr als verdoppelt. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen, drei sind entscheidend:

Gehaltsentwicklung. Jede Gehaltsrunde sorgt für nominal höhere Kosten im Krankheitsfall. Die Gehälter sind in Deutschland seit 2010 überwiegend gestiegen, was die

Krankheitskosten für die Arbeitgeber nach oben trieb.

Beschäftigungsentwicklung. Je mehr Menschen arbeiten, desto mehr Krankheitstage kommen bei gleicher Krankenstandsquote zusammen. Seit 2010 hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um etwa ein Fünftel zugelegt.

Demografie. Viele Krankheiten treten erst mit zunehmendem Alter auf und Behandlungen brauchen mehr Zeit. Deshalb steigen in einer alternden Erwerbsbevölkerung wie der deutschen auch die Krankheits-tage pro Kopf.

Hinzu kommt die Corona-Pandemie: Durch die Omikron-Variante stiegen die Corona-Fälle ab Ende 2021 bundesweit sprunghaft an. Viele Arbeitnehmer waren zeitweise außer Gefecht. Das IW hat die Folgen für den Arbeitsmarkt anhand einer Stichprobe des Dachverbands der Betriebskrankenkassen bestimmt:

Hochgerechnet auf das Gesamtjahr 2022 dürfte der Krankenstand allein wegen der Omikron-Variante um 4,7 Prozent steigen.

Arbeitgeber müssen deshalb mit rund 3,6 Milliarden Euro an zusätzlichen Kosten rechnen – und die diesjährigen Gehaltsrunden sind in diese Schätzung nicht einmal eingerechnet.

Kranke Mitarbeiter: Wie viel Arbeitgeber zahlen

So viele Milliarden Euro wendeten Arbeitgeber in Deutschland für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall auf



Jahr	Bruttoentgeltfortzahlung	Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber	Insgesamt
2010	31,3	6,4	37,6
2011	34,2	7,1	41,3
2012	38,6	7,7	46,3
2013	42,2	8,3	50,4
2014	42,3	8,4	50,7
2015	44,8	8,9	53,7
2016	48,3	9,6	57,8
2017	51,7	10,2	61,9
2018	55,1	10,8	65,9
2019	58,5	11,7	70,2
2020	61,9	12,4	74,3
2021	64,6	13,0	77,7

2020: vorläufig, 2021: geschätzt;
 Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber: einschließlich der gesetzlichen Unfallversicherung;
 Entgeltfortzahlung: ohne gesetzlichen Mutterschaftsurlaub
 Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2022 IW Medien / iwd

IW-Kurzbericht 73/2022

Jochen Pimpertz: Entgeltfortzahlung wegen Omikron kostet zusätzlich 3,6 Milliarden Euro
iwkoeln.de/omikron

Papier weicht dem E-Paper

Zeitungsmarkt. Seit Jahrzehnten sinkt die Gesamtauflage der Zeitungen in Deutschland kontinuierlich. Und auch der Umsatz aus Werbeanzeigen geht zurück. Doch Verlage und Redaktionen bleiben nicht untätig. Ihre digitalen Auspielwege erfreuen sich immer größerer Beliebtheit.

Es ist vielleicht nicht mehr die 70 mal 60 Zentimeter große Sonntagszeitung, die von den Menschen am liebsten gelesen wird. Dafür aber häufiger die digitale Version von „Süddeutsche Zeitung“, „Die Zeit“ und Co. Laut einer Umfrage der

Zeitungsmarktforschung Gesellschaft der deutschen Zeitungen (ZMG) sind Zeitungen noch immer flächendeckend beliebt:

In Deutschland erreichen Zeitungen 81,5 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren – Woche für

Woche. Insgesamt 57,5 Millionen Menschen hierzulande lesen die Ausgabe eines täglich oder wöchentlich erscheinenden Titels.

Zu den Lesern zählen nicht nur ältere Menschen, die mit Zeitungsabos aufgewachsen sind. Auch Digital Natives interessieren sich für die Tagespresse. In der Gruppe der 14- bis 29-Jährigen nutzen rund 70 Prozent wöchentlich kostenpflichtige oder kostenlose Print- und Online-Angebote von Zeitungen.

Die Auflagen spiegeln diese Beliebtheit allerdings nicht wider:

Bundesweit sinken die Verkäufe der Tageszeitungen stetig: So betrug die Gesamtauflage im Jahr 1991 noch 27,3 Millionen Exemplare pro Tag, 2021 waren es nur noch 12,3 Millionen täglich.

Die meisten davon verkauft noch immer Deutschlands beliebteste Tageszeitung, die „Bild“. Auch im ersten Quartal 2022 war die Zeitung die meistgelesene Deutschlands. Das Boulevardblatt kommt aus dem Axel Springer Verlag, zu dem auch „Auto Bild“ und „Die Welt“ gehören.

Mit insgesamt 1,26 Millionen verkaufter täglicher Auflage landete Springer im ersten Quartal 2022 aber nur auf Platz zwei der Verlage. Nummer eins war die Verlagsgruppe um die Südwestdeutsche Medienhol-

Die Top Ten der Tageszeitungen

So hoch war der Anteil der zehn größten deutschen Verlagsgruppen an der Gesamtauflage der digitalen und analogen Tageszeitungen im ersten Quartal 2022 in Prozent

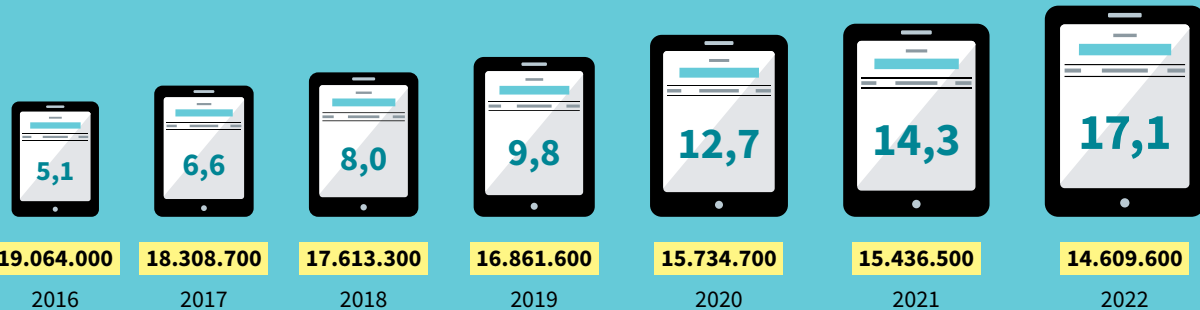
1. Verlagsgruppe StuttgarterZeitung/ Die Rheinpfalz/Südwestpresse, Ulm	11,8
2. Axel Springer SE (z. B. Bild)	10,6
3. Funke Mediengruppe, Essen (z. B. WAZ)	7,1
4. Verlagsgruppe Ippen, München (z. B. Frankfurter Rundschau)	5,9
5. Verlagsgruppe Madsack, Hannover (z. B. HAZ)	5,6
6. Verlagsgruppe Augsburger Allgemeine	3,8
7. Rheinische Post Mediengruppe	3,5
8. ddivg, Hamburg (z. B. Neue Westfälische)	3,5
9. Verlagsgruppe Neue Osnabrücker Zeitung	3,4
10. Mediengruppe Bayern	2,6



Digitale Zeitungen immer beliebter

So viel Prozent der in Deutschland verkauften Tages- und Wochenzeitungen waren E-Paper

■ Gesamtauflage aller Tages- und Wochenzeitungen



Stand: jeweils zweites Quartal

Quelle: Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

ding (SWMH) in Stuttgart mit einer Auflage von 1,41 Millionen pro Tag (Grafik Seite 10):

Am gesamten Zeitungsmarkt hielt die Verlagsgruppe um die SWMH im ersten Quartal 2022 einen Anteil von knapp 12 Prozent. Die zehn größten Verlagsgruppen zusammen kamen auf einen Marktanteil von fast 60 Prozent.

Titelübergreifende Berichterstattung und vereinheitlichte Angebote tragen dazu bei, dass sich der deutsche Zeitungsmarkt heute auf einige wenige Verlagsgruppen konzentriert.

Nicht alle sind mit dieser Strategie gleichermaßen erfolgreich, wie der Blick auf die Verlagsgruppe DuMont zeigt, zu der unter anderem der „Kölner Stadt-Anzeiger“ gehört. Nachdem DuMont 2019 Zeitungen in Berlin aufgab und die Verkäufe des erst 2020 aufgekauften „Express“ in den Keller gingen, schied die Gruppe 2021 aus dem Kreis der zehn auflagestärksten Verlagsgruppen aus.

Auch wenn die Vorzeichen schwierig sind, geben die Zeitungen nicht einfach auf. Seit Jahren bauen sie ihr Online-Angebot weiter aus – und das mit Erfolg (Grafik):

Im zweiten Quartal 2022 war fast ein Fünftel der verkauften Tages- und Wochenzeitungen ein E-Paper.

Laut der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern wurden im zweiten Quartal 2022 rund 2,5 Millionen digitale Zeitungen verkauft – ein Anstieg um 13 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal. Rund 1,5 Millionen der verkauften E-Paper wurden im Abonnement bezogen.

Den Großteil der Abonnements verbuchten lokale und regionale Tageszeitungen – 1,36 Millionen Exemplare wurden dieser Gattung zugeordnet. Anders als in umliegenden europäischen Ländern, in denen überregionale Zeitungen stärker verbreitet sind, wie etwa die „Kronen Zeitung“ in Österreich, „Le Monde“ in Frankreich und „El País“ in Spanien, ist den Lesern hierzulande besonders wichtig, was vor ihrer eigenen Haustür passiert.

In der Umfrage der ZMG geben 76 Prozent der befragten Bundesbürger an, dass lokale und regionale Tageszeitungen – egal ob im Print oder online – unverzichtbar für sie sind.

Die insgesamt steigenden Verkäufe der digitalen Tageszeitungen gleichen die Auflagenverluste der Printprodukte allerdings monetär noch nicht aus. Denn mit dem Auflagenverlust geht ein Rückgang der Werbeumsätze einher. Laut PricewaterhouseCoopers (PwC) lagen die Printwerbeumsätze im Jahr 2020 bei rund 1,9 Milliarden Euro. Im Jahr 2003 waren es noch knapp 4,7 Milliarden Euro. Bis zum Jahr 2025 prognostiziert PwC einen weiteren Rückgang auf 1,81 Milliarden Euro. Den digitalen Werbeumsätzen wird dagegen ein Wachstum vorausgesagt: von 221 Millionen Euro im Jahr 2013 auf 415 Millionen Euro im Jahr 2025.

Die hohe Nachfrage nach digitalen Angeboten macht den Zeitungen Hoffnung. In der ZMG-Umfrage gibt zum Beispiel mehr als die Hälfte der bisherigen Nichtleser an, sehr interessiert an Apps mit aktuellen Nachrichten zu sein.

Schon jetzt toben sich Zeitungen in Form von Apps, Social-Media-Kanälen, Videoangeboten und Podcasts digital aus – ein guter Weg, um künftig neue Abonnenten zu gewinnen.

Kettenreaktionen erwünscht

Stahlindustrie. Green Deal, Klimaschutz, Lieferkettengesetz – die Anforderungen an Unternehmen steigen, nachhaltig zu wirtschaften und das auch zu belegen. Davon ist die Stahlindustrie nicht ausgenommen. Die Branche ist vor allem bei der Kontrolle der Vorleistungen in der Pflicht. Wie deutsche Unternehmen für sich betrachtet und im internationalen Vergleich dastehen, hat die IW Consult untersucht.

Im Jahr 2023 tritt in Deutschland das Lieferkettengesetz in Kraft. Große Unternehmen müssen sich dann darum kümmern, dass Menschenrechte nicht nur im eigenen Konzern, sondern auch bei den direkten Zulieferern eingehalten werden. In anderen Bereichen steigen die Anforderungen an die Firmen ebenfalls. So stellen die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen und der Green Deal der Europäischen Union die

Nachhaltigkeit der Wirtschaft in den Fokus.

Die Pflichten sind vor allem für Branchen mit vielen internationalen Verflechtungen herausfordernd. Dazu zählt in Deutschland die Stahlindustrie, denn sie ist stark auf Vorleistungen aus anderen Ländern angewiesen:

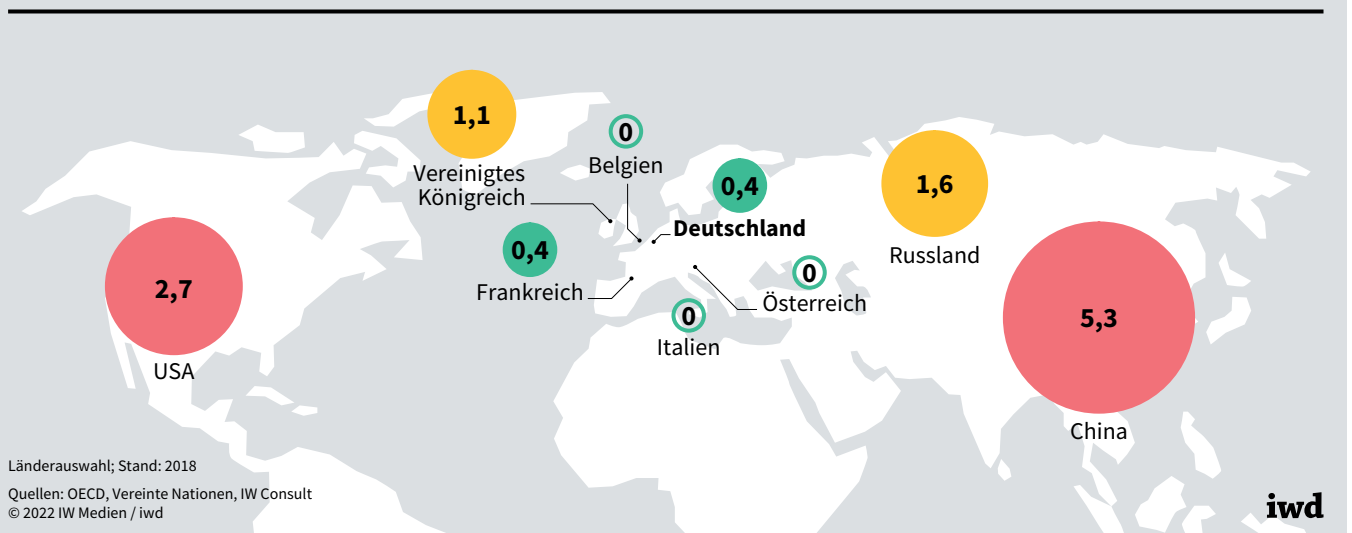
79 Prozent des Produktionswerts der deutschen Stahlindustrie basieren auf ausländischer Wertschöpfung.

Der Hauptgrund: Die nötigen Rohstoffe zur Stahlproduktion in Deutschland werden überwiegend außerhalb Europas abgebaut. Erze, Kohle und Koks werden dann hierzulande zu hochwertigem Stahl verarbeitet.

Um einen detaillierten Überblick über den Stand in Sachen Nachhaltigkeit zu erhalten, hat die IW Consult die Branche in einer Studie anhand verschiedener Kriterien unter die Lupe genommen:

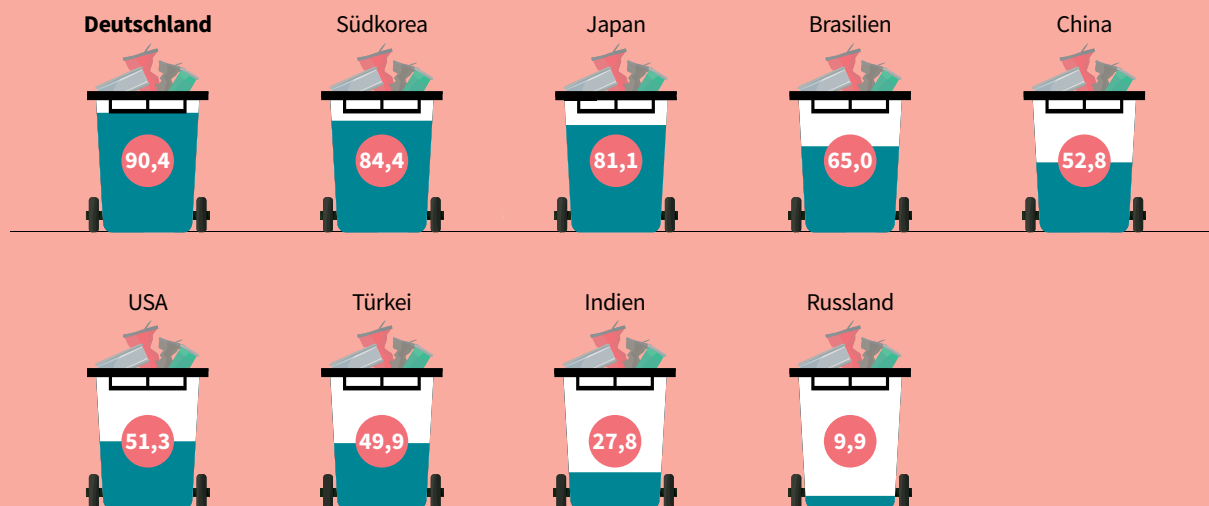
Europäische Staaten achten Arbeitsrechte

Arbeitsrechte-Index der Internationalen Arbeitsorganisation, 0 = keine Gefahr von Arbeitsrechtsverletzungen, 10 = hohe Gefahr



Abfallmanagement: Deutsche Stahlindustrie gut aufgestellt

Anteil des umweltgerecht entsorgten Abfalls entlang der Wertschöpfungskette Stahl in Prozent



Länderauswahl; Stand: 2017

Quellen: OECD, Yale Center for Environmental Law & Policy, IW Consult
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Arbeitsrechte. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) bewertet anhand mehrerer Indikatoren – wie Versammlungsfreiheit und faire Tarifverhandlungen – die Arbeitsrechte in einem Land auf einer Skala von null bis zehn (Grafik Seite 12).

Das hohe Maß an Mitbestimmung für Arbeitnehmer lässt Deutschland im Bereich Arbeitsrechte gut dastehen, auch wenn es nicht für eine Position in der Spitzengruppe reicht.

Belgien, Italien und Österreich kommen nach ILO-Einschätzung auf den perfekten Wert von null.

CO₂-Intensität. Nachhaltigkeit bezieht sich aber natürlich nicht nur auf die Arbeitsrechte, sondern auch auf Aspekte des Umweltschutzes. So hat die deutsche Stahlindustrie mit ihrer gesamten Wertschöpfungskette im Jahr 2021 rund 76,8 Millionen Tonnen CO₂ emittiert. Zum Vergleich: Chinas Stahlindustrie hat 2,43 Milliarden Tonnen ausgestoßen, also beinahe das 32-Fache.

Mehr Aufschluss über die Umweltbelastung gibt allerdings die CO₂-Intensität – das Verhältnis des CO₂-Ausstoßes zum Produktionswert. Deutschland weist nach Japan weltweit den zweitniedrigsten Wert auf: Die gesamte Wertschöpfungskette der deutschen Stahlindustrie verursacht nur 0,61 Kilotonnen CO₂ je 1 Milliarde Dollar Produktionswert. Schlechte Bilanzen weisen dagegen Russland (2,32) und Indien (2,77) auf. China hat mit 1,37 Kilotonnen ebenfalls viel Verbesserungspotenzial.

Abfallwirtschaft. Ein weiterer Faktor für den Umwelt- und Klimaschutz ist der richtige Umgang mit Produktionsabfällen. Hier agiert die deutsche Stahlindustrie vorbildlich (Grafik):

Gut 90 Prozent des Abfalls aus der Wertschöpfungskette deutscher Stahlunternehmen werden umweltgerecht entsorgt.

Auf einen solchen Wert kommt sonst nur Belgien. Düster sieht es am

anderen Ende der Liste aus: Gerade einmal 9,9 Prozent der Abfälle entsorgen Russlands Unternehmen fachmännisch. Aber auch die Großproduzenten USA und China erreichen nur einen Anteil von etwas mehr als 52 Prozent. Die Vereinigten Staaten schneiden schlecht ab, weil sie einen Großteil des Abfalls auf Mülldeponien kippen, anstatt ihn zu recyceln oder anderweitig zu nutzen.

Die Auswertung der IW Consult belegt: Die deutsche Stahlindustrie ist international einer der Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit. Von dieser guten Bilanz profitiert nicht nur die Branche selbst, sondern auch die nachgelagerten Industrien wie der Maschinenbau oder der Automobilsektor.

Gutachten

Manuel Fritsch, Adriana Neligan, Thilo Schaefer, Benita Zink: Wertschöpfungskette Stahl – Nachhaltigkeit im internationalen Vergleich, Studie von IW und IW Consult für die Wirtschaftsvereinigung Stahl
iwkoeln.de/stahlindustrie

Kosten noch der CO₂-Abdruck verlässlich beziffert werden. Internationale Klimaexperten gehen bisher von 4 bis 110 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde Strom aus. Zum Vergleich:

Das Umweltbundesamt rechnet bei der Verstromung von Gas mit gut 400 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde verbrauchten Stroms. Bei der Braunkohle sind es sogar mehr als 1.100 Gramm.

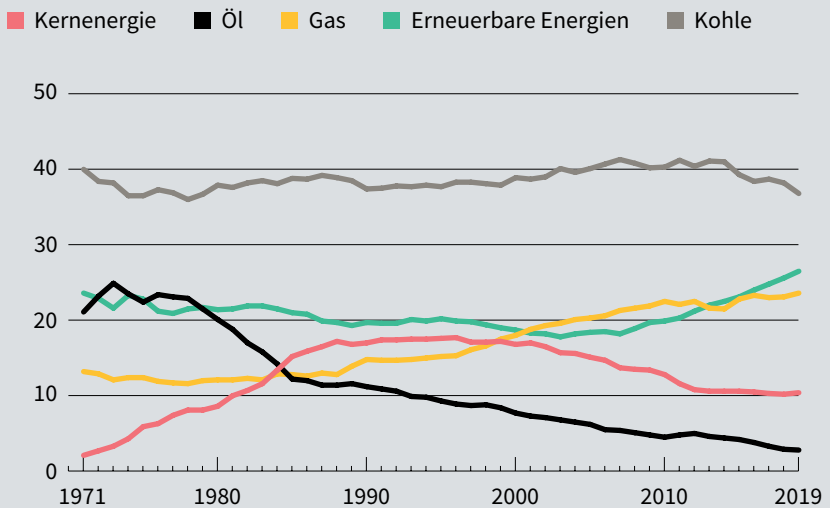
Ein weiterer Kritikpunkt: die Kosten. Bei einem AKW-Neubau liegt der Erzeugungspreis pro Megawattstunde Strom laut einer aktuellen Studie zwischen 131 und 204 Dollar. Der Rückbau der Anlagen und die Lagerung von Atommüll sind dabei noch nicht eingepreist. Zum Vergleich: Eine mittels Windenergie erzeugte Megawattstunde Strom kostet umgerechnet zwischen 26 und 50 Dollar. Diese sogenannten Stromgestehungskosten liegen also für Atomenergie selbst ohne die Kosten für Endlagerung und Rückbau – die weitgehend vom Steuerzahler getragen werden – deutlich über den Kosten der Erneuerbaren.

Beim Stromhandel an der Börse ist Atomstrom zwar ebenfalls teurer als die Erneuerbaren, aber deutlich günstiger als die fossilen Alternativen, da nur die Betriebskosten eingepreist werden. Dadurch rechnen sich die alten Meiler für die Betreiber und die Kunden.

Nur mit den bestehenden AKW ist es aber auf Dauer nicht getan. Neubauten sind grundsätzlich nötig, wenn man die Technik auch in Zukunft nutzen will. Typischerweise werden Atomkraftwerke laut Internationaler Energieagentur für eine Betriebsdauer von etwa 40 Jahren

Atomstrom verliert an Bedeutung

Weltweite Stromerzeugung nach Energieträgern in Prozent



Quelle: International Energy Agency
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

geplant. Das bedeutet aber nicht automatisch, dass danach Schluss ist. So haben etwa 90 Reaktoren in den USA eine Lizenz für einen Betrieb über 60 Jahre.

Generell ist die tatsächliche Betriebsdauer in vielen Ländern abhängig von den jeweiligen politischen Strategien. Während einige ihre Reaktoren bereits vor Ablauf der 40 Jahre abschalten, wird anderswo über eine Laufzeitverlängerung diskutiert. Viele Werke sind allerdings bereits in die Jahre gekommen:

Im Jahr 2019 waren die Werke in den USA im Schnitt 39 Jahre alt, in der EU waren es 35 Jahre.

Derzeit werden in 17 Ländern 53 neue Atomkraftwerke gebaut. Neun Staaten mit Meilern, darunter Deutschland, wollen indes aus der Technik aussteigen.

Unterm Strich wird die Atomkraft nichtsdestotrotz auch in Zukunft eine Rolle spielen (Grafik):

Nach einem Hoch von mehr als 17 Prozent der kompletten Stromerzeugung in den 1990er Jahren wurden zuletzt immer noch gut 10 Prozent des weltweiten Stroms in AKW produziert.

Dennoch wird die Atomkraft wohl nicht mit dem Erfolg der erneuerbaren Energien mithalten können: Im Zeitraum von 2000 bis 2019 stieg deren Anteil an der weltweiten Stromerzeugung von 19 auf 27 Prozent. Zwar geht der Großteil davon noch auf das Konto der Wasserkraft, doch im vergangenen Jahr kam nach Angaben der Denkfabrik Ember weltweit erstmals mehr Strom aus Wind- und Solaranlagen als aus Atomkraftwerken.

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche

Rund

401**Millionen Euro**

nahmen Städte und Gemeinden in Deutschland im Jahr 2021 aus der Hundesteuer ein – neuer Rekord. Die Mehrzahl der Nicht-Hundehalter dürfte die Meinung vertreten, dass Steuern für Haustiere, die stinkende Häufchen im öffentlichen Raum hinterlassen, das Mindeste sind, was deren Haltern zugemutet werden sollte. Dabei sind Hundebesitzer verpflichtet, Hundekot einzusammeln: Je nach Bundesland kostet das Ignorieren dieser Regel zwischen 10 und 150 Euro. Der rheinland-pfälzische Steuerzahlerbund, der im vergangenen Jahr die Hundesteuer in den 50 größten Kommunen des Bundeslands verglich, empfiehlt übrigens, die „aufkommensschwache Bagatellsteuer“ abzuschaffen. Rheinland-Pfalz nahm 2020 rund 20 Millionen Euro aus der Hundesteuer ein, das entsprach nicht mal einem halben Prozent des gesamten kommunalen Steueraufkommens.

Top-Liste: Motorisierungsgrad

Mehr als ein Auto kann niemand fahren, dennoch gibt es Regionen in der EU, in denen die Bewohner statistisch betrachtet zwischen mehreren Lenkrädern hin- und herwechseln können: Im Aostatal im Nordwesten Italiens kommen auf 1.000 Einwohner unglaubliche 1.787 Personenkraftwagen, was unter anderem mit den niedrigen Kfz-Steuersätzen zusammenhängt, die nur noch von der Provinz Bozen unterboten werden. Auch in der niederländischen Provinz Flevoland ist die Autodichte mit 857 Fahrzeugen je 1.000 Einwohner recht hoch, eine Ursache dafür dürfte das nahe gelegene Amsterdam sein, wohin viele Flevoländer mit dem Auto zur Arbeit pendeln. Den höchsten Pkw-Motorisierungsgrad in Deutschland weist übrigens die Oberpfalz mit 657 Autos je 1.000 Einwohner auf, die wenigsten Fahrzeuge leisten sich die Berliner: In der Hauptstadt nennt nicht mal jeder dritte Einwohner eine Scheese sein Eigen.

Pkw-Dichte: Große Unterschiede

Zahl der Personenkraftwagen je 1.000 Einwohner in den EU-Regionen im Jahr 2020

Aostatal (Italien)	1.787
Provinz Trient (Italien)	1.285
Provinz Bozen (Italien)	871
Provinz Flevoland (Niederlande)	857
Åland (Finnland)	840
...	
Nördliche Ägäis (Griechenland)	261
Mittelgriechenland (Griechenland)	238
Französisch-Guyana (Frankreich)	209
Peleponnes (Griechenland)	186
Mayotte (Frankreich)	72

EU-Regionen: 242 Regionen auf der sogenannten NUTS-2-Ebene, einer Systematik der amtlichen Statistik in den Mitgliedsstaaten der EU, die sich eng an die Verwaltungsgliederung der einzelnen Länder anlehnt; Französisch-Guyana, Mayotte: französische Übersee-Départements

Quelle: Eurostat
© 2022 IW Medien / iwd



iwd

Neu

Neu auf [iwd.de](https://www.iwd.de):

Anreize zum Sparen

Mit Blick auf den kommenden Winter müssen die Unternehmen wie auch die privaten Verbraucher in Deutschland Gas sparen. Tipps und Tricks aus der Verhaltensökonomik können dabei helfen. Wie das sogenannte Nudging funktioniert, lesen Sie auf [iwd.de](https://www.iwd.de).